



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

05/06 | 2020

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Jetzt zeigt sich, wie stark unsere Kommunen sind

Autor Daniel Keip, Mitglied im Vorstand der SGK Brandenburg

In den vergangenen Wochen und Monaten waren die Brandenburger Verwaltungen gefordert wie sonst nur selten in der dreißigjährigen Landesgeschichte. Ob auf Landesebene, auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte oder auf Ebene der Gemeinden – die Frauen und Männer in den Brandenburger Amtsstuben mussten über sich hinauswachsen. Und das taten sie. In den Wochen, in denen uns alle eine Pandemie beschäftigte, mussten die Verwaltungen binnen kürzester Zeit Probleme lösen, die in der Vielzahl und der Geschwindigkeit, mit der sie sich stellen, einmalig waren. Und es hat sich gezeigt, wie leistungsfähig die Brandenburger Verwaltung auf allen Ebenen ist.

Mit den Fragen des Infektionsschutzes und der konsequenten Anwendung einer Vielzahl in stetigem Wandel begriffenen Vorschriften waren plötzlich weite Teile der Verwaltung

konfrontiert. Kolleginnen und Kollegen halfen in Bereichen aus, mit denen sie bislang nur peripher oder gar nicht zu tun hatten. Für die Amtsärzte und die Ordnungsbehörden, für die Vollzugsbeamten und die Stäbe waren diese Wochen eine Phase dauerhaften Lernens, eine Phase ständiger Abstimmungen zwischen den Hierarchieebenen. Dass es trotz dieser Herausforderungen gelang, ohne Reibungsverluste im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zusammenzuarbeiten, zeigt die Leistungsfähigkeit der märkischen Kommunen.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger konnten sich in allen Momenten darauf verlassen, dass in den Amtsstuben unseres Landes an der Lösung konkreter Probleme fieberhaft gearbeitet wurde. Und das manchmal mit einem nur minimalen Wissensvorsprung gegenüber der Öffentlichkeit.

Die Entscheidungen, die in Pressekonferenzen in Berlin oder Potsdam bekanntgegeben wurden, wurden oft auch in den Verwaltungen als primäre Informationsquelle genutzt, bevor die klassische Schriftlage dazu geschaffen werden konnte. Das hat nicht immer dazu geführt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hundertprozentig aussagefähig waren. Ein Manko, das man ihnen als Anruferin oder Anrufer der vielen schnell eingerichteten Hotlines aber nicht übel nahm.

Nun, wo die ersten Lockerungen zunehmend für Normalität in unseren Städten und Dörfern sorgen, stellt sich für die Kommunen eine weitere wichtige Frage. Denn die Frage, wie geht es weiter, ist noch immer nur schwer zu beantworten.

Während in der ersten Phase die öffentliche Reaktion und Meinung hinter den ergriffenen Maßnahmen zu

Inhalt

„Gemeinsam schaffen wir das“

Brandenburg als
umweltpolitischer Vorreiter

Sportplatz mit Hindernissen
und ein Bürgermeister
auf Abwegen

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Rachil Ruth Rowald,
Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressdruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



Stadtansicht in Brandenburg

Foto: SGK Brandenburg

stehen schien, sind es nun Einzelne, die zunehmend schrillere Thesen verbreiten und in zunehmender Lautstärke für ihre Ideen und Phantastereien werben. Diese Entwicklung, eine Melange aus Halbwissen, Verschwörungstheorien und berechtigten Sorgen und Nöten, führen dazu, dass auch die Kommunen im Inneren neu beansprucht werden. Mit der Ungewissheit, wie und wie lange die Maßnahmen noch anhalten, wird auch zunehmend die Öffentlichkeit das Recht auf umfassende Information einfordern und die Notwendigkeit der Beschränkung der Grundrechte hinterfragen. Es ist Aufgabe von Politik und Entscheidern, gerade diese Information klar, verständlich und nachvollziehbar an die Bürgerinnen und Bürger zu übermitteln. Dazu bedarf es weiterhin einer engen und intensiven Abstimmung zwischen den Ebenen in unserem Land.

Jetzt, wo sich die aufgeregte Zeit der ersten und schnellen Entscheidun-

gen mit einer Phase des dauerhaften Krisenmanagements ablöst, stellt sich auch für die Kommunen eine existenzielle Frage. Denn die schnell ergriffenen Maßnahmen, die eilends aufgespannten Rettungsschirme und die Angebote für systemrelevante Berufsgruppen haben vor allem die Kommunen gefordert und werden sie weiterhin herausfordern. Denn die wirtschaftliche, soziale und institutionelle Notlage überträgt sich nur leicht zeitversetzt von den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Betrieben auf die Kommunen.

Kommunen, die bis jetzt gezeigt haben, wie leistungsfähig sie sind, die sich teilweise in den letzten Jahren durch schmerzhafteste Konsolidierungsbestrebungen eine solide Haushaltslage geschaffen haben, drohen nun unverschuldet selbst in Not zu geraten. Es ist in dieser Phase dringend geboten, jetzt nicht die im Stich zu lassen, die in den letzten Wochen dafür gesorgt haben, dass unsere Gemeinwesen weiter funktionieren.

Die Verlässlichkeit der Kommunen, auf die sich der Bund, das Land und die Landkreise in der aktuellen Zeit stützen, muss nun auch gegenüber Bund und Land selbst gelten, wenn wir nicht nachhaltigen Schaden an unserem Gemeinwesen nehmen wollen. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben eine feine Sensorik dafür entwickelt, wenn sich der Staat aus seiner Verpflichtung zur Daseinsvorsorge zurückzieht, haben sie doch in den letzten 30 Jahren immer wieder solche Entscheidungen sehen müssen.

Durch die Notlage, die jetzt den Kommunen droht, sind auch solche Entscheidungen nicht mehr ausgeschlossen und die Erosion des Kitts unserer Gesellschaft droht fortzuschreiten. Wenn wir nicht dafür sorgen, dass sich unsere Kommunen wirtschaftlich und finanziell auf den eigenen Beinen halten können, droht diese Pandemie zu einer Krise unseres Gemeinwesens zu werden.

Einer Krise, die vor allem jene trifft, die gerade erst gezeigt haben, wie leistungsfähig sie sind: Unsere Kommunen.

„Gemeinsam schaffen wir das“

Eine Bürgermeisterin in Zeiten von Covid-19

Interview mit Cornelia Schulze-Ludwig, Bürgermeisterin der Stadt Storkow (Mark) und erste stellvertretende Vorsitzende der SGK Brandenburg

Cornelia Schulze-Ludwig wurde im September 2019 zum zweiten Mal als Bürgermeisterin der Stadt Storkow (Mark) gewählt, wobei sie ihre Konkurrenz deutlich hinter sich lassen konnte, und ist mit eigenen Worten „mit Leib und Seele Bürgermeisterin“.

In der Krise zeigt sich der Charakter, sagt man. Siehst du das auch so? Wie hat sich durch die Pandemie deine Arbeit verändert?

Dieses Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt zugeschriebene Zitat „Charakter zeigt sich in der Krise“ trifft die momentane Situation absolut. Wir alleine sind verantwortlich für das, was wir tun, oder halt auch nicht tun. Charakter zeigen, das gilt allgemein als ein positiv belegter Begriff. Ich persönlich finde, viele Menschen zeigen in der momentanen und vor allem ungewissen Zeit Charakter. In allererster Linie denke ich an unsere Alltagshelden, an Ärztinnen und Ärzte, das Pflegepersonal, Verkäuferinnen und Verkäufer, Unternehmerinnen und Unternehmer etc. – großen Dank dafür! Und auch die Brandenburgischen Politikerinnen und Politiker zeigen Charakter. Sie haben schnell reagiert und Verantwortung für diese Ausnahmesituation übernommen.

Man kann schon sagen, dass sich, gerade aufgrund der nun schon seit zehn Wochen andauernden Situation, die Arbeit verändert hat. Von einem Tag auf den anderen wurde mein voller Terminkalender „entschleunigt“ und es galt die Krise zu bewältigen. Die Corona-Krise hat mir viele Wochenenden und auch Abende zu Hause beschert. Normalerweise bin ich fast jeden Abend, jedes Wochenende dienstlich unterwegs – nehme u.a. an Sitzungen, Begehungen, Jubiläen, Weiterbildungen oder Einweihungen teil oder besuche Veranstaltungen.

Was waren dabei die größten Herausforderungen?

Als erstes rief ich einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse ins Leben, das war Mitte März. Anfangs ging es erstmal darum, bei allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um Verständnis dafür zu werben, dass ihre eigentlichen Aufgaben nun erst einmal liegen bleiben und wir uns alle gemeinsam darauf einstellen müssen, die Krise zu bewältigen. Parallel mussten wir den Informationsfluss beispielsweise zu allen Stadtverordneten und Ortsvorsteherinnen und -vor-

meist wöchentlich neue Herausforderungen meistern, große und kleine. Ob das die Beschaffung von Schutzkleidung war oder die Kontrolle der Festlegungen der Covid 19-Eindämmungsverordnung.

Wir haben das Ordnungsamt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus anderen Bereichen der Stadtverwaltung verstärkt, von denen sich alle freiwillig bereit erklären, auf der Straße Streife zu gehen, auch an den Wo-



Cornelia Schulze-Ludwig

Foto: privat

stehern sowie natürlich den Bürgerinnen und Bürgern sicherstellen sowie organisatorische Entscheidungen treffen, damit die Verwaltung arbeitsfähig bleibt und die Maßnahmen der Eindämmungsverordnung kommuniziert und umgesetzt werden.

Nach diesen Wochen kann ich sagen, dass die Umsetzung der Maßnahmen, die wir im Stab beschlossen haben, sehr gut funktioniert und sich alle schnell auf die Ausnahmesituation eingestellt haben. Wir mussten – vor allem am Anfang – fast täglich, nun

chenenden, an Feiertagen und in den Abendstunden. Ich brauchte in diesem Zusammenhang nichts anweisen.

Niemand kann derzeit verlässlich sagen, wie lange dieser Corona-Prozess dauern wird. Und so bleibt uns nur, uns irgendwie mit der Gesamtsituation zu arrangieren. In keinem Fall sollten wir die Erfolge, die wir in den vergangenen Wochen trotz aller Widrigkeiten erzielt haben, aufs Spiel setzen. Abstand, Hygiene und ein gesundes Augenmaß sind weiterhin unsere ständigen Begleiter.

Du bist ja ein sehr kommunikativer Mensch und auch bekannt dafür, deine Bürgerinnen und Bürger bei Entscheidungen mitzunehmen. Davon ist sicherlich auch abhängig, ob sich die Einwohnerinnen und Einwohner an Vorgaben halten. Wie hast du das mit der Kommunikation in diesen Zeiten gemacht?

Seit Beginn meiner Amtszeit als Bürgermeisterin ist es mir unheimlich wichtig, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, zu informieren und transparent zu sein. In Zeiten wie diesen war es mir zusätzlich ein starkes Bedürfnis, auch ein subjektives Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Wir haben täglich Meldungen auf unsere Homepage gestellt. Bereits seit Jahren gibt es den Lokalanzeiger für die Stadt Storkow (Mark), der monatlich kostenlos an alle Haushalte verteilt wird. Mit dem Herausgeber konnten wir über Sonderausgaben unsere Bürgerinnen und Bürger mit Informationen aus erster Hand und auf Storkow zugeschnitten informieren. Die ältere Bevölkerung war sehr dankbar dafür.

Zusätzlich nutze ich selbst meinen WhatsApp-Status und mein Facebook-Profil, um wichtige Informationen zu streuen. Gebündelte Informationen, die direkt auf uns zutreffen, sind wichtig für die Einwohnerinnen und Einwohner. Gemeinsam mit dem Mittelstandsverein habe ich außerdem an zwei Wochenenden eine kurze Rede und ein Musikstück in die Wohnzimmer per Auto und Lautsprecher transportiert; die „Ode an Storkow“ sozusagen. Meine jährlichen Ortsbegehungen in allen 14 Ortsteilen und im Stadtgebiet habe ich erstmal verschoben. Ich muss schon sagen, dass ich den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr vermisse. Den habe ich zwar vielfach über E-Mail und soziale Medien, und den kann ich natürlich auch von zu Hause pflegen. Aber es ist nicht das Gleiche.

In vielen Bereichen musste weitgehend auf Homeoffice umgestellt werden. So sicherlich auch in der Rathausverwaltung. Wie habt ihr das in Storkow gemacht? War das mit Hürden verbunden oder einfach möglich? Ist das auch dauerhaft möglich, wenn man nicht weiß, wie es weitergeht?

Für einen Teil der Verwaltung ist das natürlich möglich. Gewisse Aufgaben sind jedoch nur in direktem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern bzw. vor Ort im Rathaus möglich. Dennoch haben wir in dieser Zeit schnell gelernt, dass man in bestimmten Bereichen auf Homeoffice ausweichen kann.

Ich habe relativ schnell meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung in zwei Teams aufgeteilt und abwechselnd für jeweils zwei Wochen im Büro bzw. im Homeoffice arbeiten lassen; mich eingeschlossen. Das hatte natürlich zur Folge, dass man viel mehr auf fernmündliche Kommunikation umsteigen musste. Seit 18. Mai gilt nur noch für die Amtsleiter und mich das Wechsel-Homeoffice. Sollte in den Reihen unserer Beschäftigten eine Covid-19-Erkrankung diagnostiziert werden, ist die Verwaltung somit weiter arbeitsfähig. Froh bin ich, dass wir seit Herbst letzten Jahres einen IT-Administrator im Haus haben, der schnell die technische Umsetzung fürs Homeoffice realisieren konnte. Dazu müssen ja mehrere Voraussetzungen erfüllt sein: Auf den Endgeräten muss Fachsoftware installiert sein, das Homeoffice muss für große Datenmengen ans schnelle Internet angebunden sein und die Datenschutz-Richtlinien müssen gewährleistet sein.

Welche Bereiche waren dabei denn besonders betroffen? Es gibt ja auch Arbeiten, die nicht von zu Hause aus erledigt werden können.

Wie schon gesagt, in der öffentlichen Verwaltung ist dies vor allem in Bereichen möglich, die keinen Bürgerkontakt erfordern, etwa in Teilen der Finanzbuchhaltung, des Personalwesens oder der Gebäudeverwaltung. Grundsätzlich ist Heimarbeit eher eine sporadische Möglichkeit und weniger eine dauerhafte Lösung, da es viele Bereiche mit Bürgerkontakten, speziellen technischen Voraussetzungen usw. gibt und generell auch der Informationsfluss und persönliche Kontakt wichtig sind.

An manchen Orten tagten kommunale Vertretungen in Turnhallen, anderenorts stieg man auf Videokonferenzen um. Wie habt ihr das in Storkow gemacht?

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechts-extremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de

Video- und Telefonkonferenzen sind im Moment natürlich etwas stärker in den Vordergrund gerückt. Die Ausschüsse und Stadtverordnetenversammlung haben wir in den großen Saal der Burg Storkow verlegt, um die Hygienemaßnahmen und die Einhaltung des Mindestabstandes zu gewähren. Das hat prima geklappt und somit konnten natürlich wichtige Beschlüsse zur Weiterentwicklung unserer Kommune gefasst werden. Wir waren und sind trotz Pandemie arbeitsfähig.

Du hattest, abseits einer Pandemie, viele Pläne für die Stadt Storkow (Mark). Lässt sich das gerade überhaupt noch miteinander vereinbaren? Siehst du Vorhaben in Gefahr?

Bereits im vergangenen Jahr haben wir den Fahrplan für 2020 gesetzt und setzen unseren eingeschlagenen Weg – auch mit Corona – bisher uneingeschränkt fort.

Wir haben einige Bebauungspläne angestoßen, arbeiten derzeit an der Umsetzung eines Jugendfreizeitplatzes, haben die Räumlichkeiten im Horthaus erweitert und bieten den Storkower Jugendlichen ein neues Domizil. Jahrelang standen Wohnblöcke in der Fürstenwalder Straße leer, diese konnten wir endlich abreißen lassen. Auf dem Gelände der Europaschule ist eine Kleinfeldsport-

anlage entstanden und die Fassade am Hauptgebäude wurde erneuert. Des Weiteren wurden die Zugbrücke und die Altstadt-Turnhalle saniert und das Familienzentrum hat einen barrierefreien Zugang erhalten.

Wir wollen noch einige Bebauungspläne anstoßen, wie z.B. in Kummersdorf für den Neubau des Gemeinde- und Feuerwehrhauses oder die Erweiterung unseres Gewerbegebietes Neu Boston. Geplant sind der Abriss und die Weiterentwicklung des alten Helios-Geländes, eines Schandflecks in unserer Altstadt, der 2. Rettungsweg für die Burg und die Burgumfeldgestaltung, wobei wir hier auch noch auf die Fördermittel warten.

Ein großes Vorhaben konnten wir leider nicht über die Bühne bringen. Das ist unser Stadtfest, welches wir gemeinsam mit der Brandenburger Landpartie und dem Tag der Bundeswehr durchführen wollten. Ansonsten läuft alles, wie geplant, auch mit Corona.

Konntest du dich dabei mit Amtskolleginnen und -kollegen austauschen? Und vielleicht auch von den Erfahrungen des oder der jeweils anderen profitieren?

Der Zufall wollte es, dass meine Bürgermeisterkollegen Frank Steffen aus Beeskow, Ralf Steinbrück aus Schöneiche und ich Anfang März an der Aka-

demie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz an einem mehrtägigen Seminar teilnahmen, für das wir uns bereits im Herbst vergangenen Jahres anmeldeten.

Die Inhalte dieser Fortbildung wurden entsprechend der Corona-Entwicklung angepasst. Wir waren gut vorbereitet auf diesen Ernstfall. Mit meinen Amtskolleginnen und -kollegen stehen wir von Anfang an im regen Austausch, insbesondere auch mit meinem Nachbarn Christian Ricke vom Amt Scharmützelsee und Marlen Rost vom Amt Odervorland. Zudem nutzen wir die wöchentlichen Telefonkonferenzen des Landrates Rolf Lindemann mit allen Hauptverwaltungsbeamten um den Austausch und Informationsfluss zu gewährleisten.

Die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder haben sich auf erste vorsichtige Lockerungen in der Coronavirus-Krise verständigt. Befürwortest du das oder siehst du das eher kritisch? Es kann ja auch einen erhöhten Kontrollaufwand bedeuten.

Durch ein frühzeitiges Risikomanagement konnten wir erreichen, dass unsere Stadt und ihre Ortsteile vom Schlimmsten verschont blieben. Doch wir müssen realistisch sein: Ein Ende dieses belastenden Ausnahmezustands ist noch nicht in Sicht. Leicht-

sinniges, unüberlegtes Handeln wäre jetzt fehl am Platz. Langsam wird uns klar, dass wir so schnell nicht wieder in unseren gewohnten Alltag zurückkehren können. Auch wenn nunmehr schon Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen gelockert und viele Bereiche des öffentlichen Lebens wieder geöffnet wurden, müssen wir doch immer noch davon ausgehen, dass dieser kräftezehrende Kampf noch nicht beendet ist. Mein Feedback von den Bürgerinnen und Bürgern ist differenziert und unterschiedlich. Der überwiegende Teil akzeptiert die Maßnahmen, zeigt Verständnis und achtet für sich und seine Mitmenschen darauf. Es gibt aber auch Leute, die hinter Corona die große Verschwörung sehen und die Maßnahmen für Schwachsinn halten.

Grundsätzlich befürworte ich die Lockerungen. Die Bürgerinnen und Bürger haben in den letzten Wochen gezeigt, dass sie verantwortungsvoll mit der Situation umgehen können. Da kann man ihnen auch ein Stück weit etwas zurückgeben.

Die Einnahmen der Kommunen sind, zum Teil nicht unerheblich, eingebrochen – die Ausgaben aber gestiegen. Auf Bundes- und Landesebene werden kommunale Rettungsschirme verhandelt. Wie würdest du das einschätzen?

Anzeige



DIE AGENTUR AN EURER SEITE

www.ask-berlin.de



GRAFIK



TEXTE



KAMPAGNEN



EVENTS



PODCASTS



SPONSORING

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel
Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen
Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de



ASK.Berlin ist ein Unternehmen der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Storkow (Mark) ist gegeben. Wir haben Rücklagen und die können die durch die Corona-Pandemie bedingten Ausgaben abdecken. Bei der Gewerbesteuer rechne ich mit einem Minus von circa 25 Prozent. Kommunalen Rettungsschirmen sehe ich natürlich positiv entgegen, denn es geht vielen Kommunen durch die Pandemie sehr schlecht.

Es heißt ja, jede Krise gebiert auch etwas Gutes. Noch stehen alle vor großen Herausforderungen und es ist vielleicht noch ein

längerer Weg bis zur Normalität. Was würdest du dir von der Landesregierung wünschen?

Ich wünsche mir eine offene, ehrliche und transparente Kommunikation. Der rote Faden bei den beschlossenen Maßnahmen muss erkenntlich und gut durchdacht sein. Ein Puffer zur Umsetzung von neuen Regelungen muss für die Landkreise und Kommunen gegeben sein, denn diese Krise kann man nur gemeinsam überstehen.

Und was würdest du den Storkowerinnen und Storkowern mit auf den Weg geben wollen?

Die Auswirkungen der Pandemie stellen uns auf eine harte Probe, und am Ende spüren wir alle die Folgen für unser tagtägliches Leben. Ich verspüre verstärkt die zunehmende Angst um die eigene Existenz oder den Arbeitsplatz, den Unmut von Eltern, die zwischen Job und Kinderbetreuung hin- und herspringen. An dieser Stelle möchte ich den Storkowerinnen und Storkowern einfach mal Danke sagen, für ihr Durchhaltevermögen, für ihr Engagement und vor allem für ihre Besonnenheit. Ich bin stolz auf sie. Sie haben sich vorbildlich verhalten und werden das auch in Zukunft

tun. Gemeinsam schaffen wir das, denn „Wir. Sind. Storkow.“

Wir wünschen dir allseits gute Gesundheit und hoffen, du kannst hin und wieder auch abschalten.

Vielen Dank. Abschalten kann ich sehr gut bei einem Kaffee auf der Terrasse oder einem Spaziergang im Wald. Wir leben ja glücklicherweise dort, wo andere zum Urlaub hinfahren.

Herzlichen Dank für das Interview!

Das Interview führte Rachil Rowald.

Brandenburg als umweltpolitischer Vorreiter

Interview mit Wolfgang Roick, Abgeordneter des Landtages Brandenburg und dort Sprecher der SPD-Fraktion für Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Demographischen Wandel

Welche Themen in der Umwelt- und Klimapolitik des Landes Brandenburg ganz oben auf der Tagesordnung stehen, verrät ein Gespräch mit Wolfgang Roick. Er ist Landtagsabgeordneter, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in Brandenburg.

Wolfgang Roick ist seit September 2014 Mitglied des Landtages Brandenburg. Durch seinen Heimatort Großräschen und seinen Wahlkreis im südlichen Brandenburg ist sein Leben von strukturellen Veränderungen geprägt. Der 51-Jährige Diplomingenieur für Forstwirtschaft war bis zu seiner Abgeordnetentätigkeit Oberforstrat beim Landesbetrieb Forst. Wolfgang Roick hat langjährige politische Erfahrungen nicht nur auf Landes-, sondern auch auf kommunaler Ebene. In seiner Heimatstadt und im Landkreis Oberspreewald-Lausitz ist er seit über 20 Jahren politisch aktiv.

Wozu gibt es einen umweltpolitischen Sprecher in der SPD-Landtagsfraktion?

Jeder Abgeordnete in unserer Fraktion hat eine Sprecherfunktion übernommen, je nachdem, welches Fachgebiet ihm aufgrund von Beruf oder Interesse besonders liegt. So haben wir für viele verschiedene Bereiche Experten, die sich mit den jeweiligen

Themen detaillierter beschäftigen und sich dazu beispielsweise im Landtag oder in den Medien äußern. In meinem Fall bin ich Sprecher für Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und demographischer Wandel.

Wie kam es zu dieser Sprecherfunktion?

Mir liegen die Themen Umwelt-, Land- und Forstwirtschaft besonders am Herzen, da ich von Hause aus Diplomingenieur für Forstwirtschaft bin. Ich bin also bereits aus beruflichen Gründen der Nachhaltigkeit verpflichtet. Das Themengebiet demographischer Wandel kam hinzu, weil ich in der vergangenen Legislatur die Enquete-Kommission zum demographischen Wandel in Brandenburg geleitet habe.

Außerdem haben Sie bereits in Ihrer zweiten Legislatur noch mehr Verantwortung übernommen.

Stimmt, obwohl es erst meine zweite Wahlperiode ist, zähle ich innerhalb unserer Fraktion bereits zu den „alten Hasen“. Denn 14 der insgesamt 25 direkt gewählten SPD-Abgeordneten sind neu im Parlament. Zudem kann ich auf eine langjährige und vielfältige politische Erfahrung blicken, so dass ich nun auch in den Fraktionsvorstand gewählt wurde und einer von fünf stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bin.

Kommen wir zum Thema Umwelt- und Klimaschutz. Im Land Brandenburg wird gerade über einen Klimaplan diskutiert?

Genauso ist es. Wir möchten fraktionsübergreifend einen Klimaplan für das Land Brandenburg beschließen, der das Land voranbringen und in den nächsten fünf bis zehn Jahren konkrete Ergebnisse liefern soll. Es ist ein bunter Strauß von Themen, mit denen das Land als gutes Beispiel in Deutschland vorangehen möchte.

Können Sie uns konkret ein paar Punkte aus dem Klimaplan nennen?

Zunächst ist uns wichtig, dass dieser Klimaplan nicht nur den reinen klimatechnischen Bereich abbilden soll, sondern auch den Verkehrs- und Energiebereich. Schließlich gibt es bei diesen drei Bereichen große gemeinsame Schnittmengen und Berührungspunkte. Konkret geht es beispielsweise um die Verbesserung des Radwegenetzes, um Menschen dazu zu animieren, auf das Auto zu verzichten und wieder mehr Rad zu fahren, zum Beispiel auch zur Arbeit. Des Weiteren sollen Kommunen unterstützt werden, wenn sie ihre Beleuchtungsanlagen auf einen sparsameren Verbrauch umstellen. Hierbei spielt auch der Naturschutz eine große Rolle, denn diese neuen Straßenlampen sollen auch das Sammeln von Insekten verhindern.

Sie sprachen vorhin auch vom Energiebereich, der berücksichtigt werden soll?

Der Strukturwandel in der Lausitz ist ja in aller Munde. Natürlich spielt das Thema im Klimaplan eine große Rolle. Insgesamt muss der Energieverbrauch reduziert und die Energieerzeugung nach und nach umgestellt werden – weg von Braunkohle, hin zu Gas oder Erneuerbaren Energien. Dabei bin ich kein Freund von festgelegten Daten, da man immer schauen muss, welche Erzeugungsart wann realistisch umzusetzen ist.

Wie steht es um den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Brandenburg?

Im Land Brandenburg wurden im vergangenen Jahr bundesweit die meisten Windräder gebaut. Das Land setzt also bereits seit geraumer Zeit auf Erneuerbare Energien. Und auch das Thema Wasserstoff als Antriebsmittel der Zukunft ist ein wichtiger Punkt, der vorangetrieben werden soll – egal, ob als reiner Wasserstoff oder als Produkt, welches wieder in Elektrizität umgewandelt wird. Er ist herstellbar, lagerfähig und kann transportiert werden, insofern ist er von großer Bedeutung.

Was soll in verkehrstechnischer Sicht diskutiert werden?

Der Öffentliche Personennahverkehr soll weiterhin mit verschiedenen

Maßnahmen unterstützt werden, beispielsweise mit dem PlusBus-Modell, das im Land bereits erfolgreich funktioniert. Außerdem soll der Schienenpersonennahverkehr im Zusammenhang mit der Strukturwandeldebatte verbessert werden. Hier sind schnellere Taktzeiten in Verbindung mit dem neu gewählten Deutschlandtakt im Gespräch, um auch diese Variante für den täglichen Weg zur Arbeit für die Nutzer attraktiver zu machen.

Oftmals verschwinden Pläne gern nach der Diskussion in der Schublade.

Genau das wollen wir beim Klimaplan nicht! Die Maßnahmen sollen nicht einfach nur beschlossen und dann nie wieder angeschaut werden. Ganz im Gegenteil, wir wollen die Umsetzung wissenschaftlich begleiten lassen. Nach zwei Jahren soll der Erfolg der Maßnahmen überprüft und darüber diskutiert werden.



Wolfgang Roick

Foto: D. Petermann

Unabhängig vom Klimaplan setzen Sie sich persönlich auch stark für die Belange der Landwirtschaft und der Agrarstruktur ein.

Zum Klimaschutz gehört für mich die Landwirtschaft ganz klar dazu. Wir haben in Brandenburg eine

breite wissenschaftliche Landschaft in Bezug auf Agrarforschung. Diese muss eingebunden werden, um im Bereich der Landwirtschaft den CO₂-Verbrauch zu mindern. Wir müssen neue Wege im Anbau und bei den Produkten gehen, um hier besser für die Zukunft und die sich verändern-

den klimatischen Bedingungen aufgestellt zu sein.

In diesem Zusammenhang sehen Sie in der Agroforstwirtschaft eine Bewirtschaftungsform der Zukunft?

Richtig. Die Agroforstwirtschaft ist in meinen Augen die richtige Antwort auf die sich verändernden Bedingungen. Dabei werden Agrarstrukturen dahingehend geändert, dass es nicht mehr alleinig großflächige Felder gibt, sondern diese mit Baumstreifen unterteilt sind. Zwischen den verschiedenen Komponenten entstehen so ökologische und ökonomische Vorteilswirkungen, beispielsweise indem Windruhe reingebracht wird.

Das Interview führte Dunja Petermann.

Sportplatz mit Hindernissen und ein Bürgermeister auf Abwegen

Wenn es an der vertrauensvollen Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik mangelt

Kommentar von Tobias Schröter, Stadtverordneter in Königs Wusterhausen

Königs Wusterhausen im Frühjahr 2020. Eine ruhige Kleinstadt im „Speckgürtel“ Berlins. Seit Herbst 2017 ist Swen Ennullat (Freie Wähler Königs Wusterhausen) hier Bürgermeister. Bei der Bürgermeisterwahl setzte er sich durch – seither aber knirscht es immer wieder ordentlich im Getriebe zwischen ihm und einer Mehrheit sowohl der alten als auch der 2019 neu gewählten Stadtverordnetenversammlung, nicht zuletzt wegen fehlender Akzeptanz demokratischer Entscheidungen.

Ein vom Bürgermeister dabei häufig verwendetes Mittel ist die Beanstandung von Beschlüssen aufgrund einer vermeintlichen Rechtswidrigkeit der getroffenen Entscheidungen.

Die neueste und wohl bedeutendste Auseinandersetzung begann

mit einem Sportplatz – eine kurze Chronologie:

In der Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 26.11.2019 ist der vom Bürgermeister vorgelegte Haushalt für das Jahr 2020 abgelehnt worden. Wie kam es dazu? Unmittelbar zuvor hatte Bürgermeister Ennullat einen mit nahezu Zweidrittel-Mehrheit beschlossenen Änderungsantrag zum Haushalt beanstandet, da dieser seiner Meinung nach rechtswidrig war. Ziel dieses Änderungsantrages war die Bereitstellung eines Zuschusses für den Bau eines Sportplatzes, dessen Geschichte viele Jahre zurückreicht und dessen Details hier den Rahmen sprengen würden. Dabei handelte es sich schon um einen nach langen Jahren der Diskussion und mehrfacher positiver Beschlüsse der Vertretung erarbeiteten Kompromissvorschlag

der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen. Nach diesem soll der Löwenanteil der Gesamtkosten für den Sportplatz i. H. v. 1,2 Millionen Euro aus Fördermitteln des Landes gedeckt werden, so dass die Stadt Königs Wusterhausen (KW) für den Haushalt 2020 nur 300.000 Euro statt der bereits im Haushalt für das Jahr 2017 bereitgestellten 800.000 Euro einplanen müsste.

Im Moment der Beschlussfassung über den Haushalt selbst führte die Unsicherheit über die rechtlichen Auswirkungen der vermeintlichen Beanstandung zur bereits erwähnten Ablehnung des Haushalts.

Im Folgenden wurde durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung eine Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsicht eingeholt,

die darlegte, dass die isolierte Beanstandung eines Änderungsantrages zu einer Haushaltssatzung rechtlich nicht möglich ist. Im Zuge dessen lag demzufolge keine wirksame Beanstandung vor.

Nach dieser Klärung kam es am 16.12.2019, im Rahmen der Beratung des Haushaltes 2020, erneut zu einer Abstimmung über den Änderungsantrag, der wiederum mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Statt jedoch dieses durch die Mandatsträger beschlossene Ergebnis zu akzeptieren, begann etwas, das man eigentlich nur als Possenspiel bezeichnen kann und das der Stadt und den BürgerInnen bis heute schaden könnte: der Bürgermeister beanstandete – wohlgermerkt in Kenntnis der Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht – erneut den Beschluss zur Änderung der Haushalts-

satzung. Daraufhin erläuterte die SVV-Vorsitzende, dass eine solche Beanstandung eben nicht möglich sei und stellte den Haushalt in geänderter Fassung (also inklusive der in KW unterdessen berühmten 300.000 Euro) zur Abstimmung. Der Haushalt wurde nahezu einstimmig, auch mit der Stimme des Bürgermeisters, beschlossen.

Doch damit nahm das ganze Drama erst richtig seinen Lauf, denn der Haushalt bedurfte einer Genehmigung durch die Kommunalaufsicht. Ende Januar stellte sich dann heraus, dass die Kommunalaufsicht eine solche Genehmigung nicht erteilen konnte. Grund hierfür – man ahnt es schon – war der Sportplatz. Bürgermeister Ennullat legte gegenüber der Kommunalaufsicht einen Haushalt zur Genehmigung vor, der von der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung abwich. Es fehlte der als Änderung beschlossene Investitionszuschuss für den besagten Sportplatz. Die Änderung wurde nämlich nicht – wie notwendig – in das Zahlenwerk eingearbeitet, sondern lediglich den Unterlagen beigelegt, da Bürgermeister Ennullat weiterhin der Meinung war, wirksam beanstandet zu haben.

Der Kommunalaufsicht wurde demzufolge ein Haushalt vorgelegt, der nicht durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Das gab es in dieser Stadt noch nie. Auch wenn es zur Sachfrage „Sportplatz“ unterschiedliche Meinungen innerhalb der SVV und der Stadtverwaltung gab und gibt, ist ein deutliches demokratisches Votum gefasst worden. Obwohl also der Bau nunmehr bereits einige Male beschlossen wurde, wurde nach wie vor mit der Umsetzung nicht begonnen. Der Kommunalaufsicht jedoch einen Beschluss vorzulegen, der so an sich nicht gefasst wurde, lässt durchaus Zweifel an der Achtung an demokratisch gefassten Entscheidungen aufkommen. So aber funktioniert Demokratie nicht, denn in einer Demokratie entscheidet die Mehrheit und nicht eine einzelne Person.

In der Öffentlichkeit warf der Bürgermeister der Kommunalaufsicht daraufhin vor, untätig zu sein, da sie keine Streitentscheidung im Beanstandungsverfahren treffe und die Genehmigung des Haushalts ohne

Begründung verweigere. Dem Landrat als untere Kommunalaufsichtsbehörde warf er zudem unwahre Tatsachenbehauptungen vor und drohte ihm mit einer Strafe von 50.000 Euro, wenn dieser es nicht unterlasse zu behaupten, die Stadt habe nicht den beschlossenen Haushalt zur Genehmigung vorgelegt.

Mitte Februar beschloss die Stadtverordnetenversammlung dann, dass der Bürgermeister die Haushaltssatzung in der geänderten Fassung zur Genehmigung vorzulegen hat. Obwohl die Lage damit an sich klar war, schien der Bürgermeister davon jedoch keine Kenntnis zu nehmen.

An sich musste dem Bürgermeister bereits am 16.12.2019 bewusst sein, dass die Kommunalaufsicht eine abweichende Rechtsauffassung zu seiner Beanstandung hat. Ihm war auch bekannt, welche Unterlagen von der Kommunalaufsicht erwartet werden. Trotz der Informationen der Vorsitzenden der SVV und der Kommunalaufsicht hielt er hingegen weiterhin an der eigenen Rechtsauffassung fest und blockierte damit die Handlungsfähigkeit der Stadt.

Ihm musste zudem klar sein – und dies wurde ihm in den folgenden Monaten auch mehrfach unmissverständlich mitgeteilt –, dass die Einreichung des Haushaltsplans ohne den eingearbeiteten Änderungsbeschluss zwangsläufig und sehenden Auges zu einer Nicht-Genehmigung führen musste.

Statt also den Beschluss der SVV umzusetzen und den Haushalt einzureichen, bat der Bürgermeister das Innenministerium des Landes Brandenburg den Vorgang an sich zu ziehen, zu prüfen und den Haushalt zu genehmigen. Schließlich wäre die eigentlich zuständige Kommunalaufsicht ja untätig. Zu diesem Zweck fuhr Bürgermeister Ennullat nach Potsdam, um persönlich mit ausgewählten Stadtverordneten die Unterlagen zu übergeben. Als Sahnehäubchen gab es ein Foto Seit an Seit mit dem örtlichen Fraktionsvorsitzenden der AfD, der dann auch in einer Pressemitteilung des Rathauses (!) zu Wort kam.

Mittlerweile zog die anhaltende Corona-Krise immer stärker auf. Nach

einigen Wochen äußerte sich dann das Innenministerium Mitte März klar und deutlich. Das Ministerium hat klargestellt, dass das Vorgehen der Kommunalaufsicht sowie deren Rechtsauffassung fachlich zutreffend sind. Im Ergebnis heißt das dann auch, dass der Bürgermeister den Änderungsantrag zum Haushalt nicht hätte beanstanden können und dürfen. Die SVV hatte also am 16. Dezember 2019 einen geänderten Haushaltsplan beschlossen, der auch einen Zuschuss für den Bau eines Sportplatzes beinhaltet. Wieder wurde Bürgermeister Ennullat aufgefordert, nachdem nunmehr zwei Aufsichtsbehörden ihm mitteilten, was zu tun sei, den Haushalt in der geänderten Fassung zur Genehmigung vorzulegen. Man müsste meinen, dass ein kommunaler Wahlbeamter dem nachkommt – hier passierte jedoch gar nichts.

Handlungsunfähige Stadt

Mehrere Fraktionen erarbeiteten währenddessen inmitten der Corona-Krise in Eigenregie einen kommunalen

Rescueplan. Dieser sollte als temporärer Rettungsschirm nebst Richtlinie für die Bereitstellung von Hilfgeldern zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger und vor allem für lokale Hilfsinitiativen in Königs Wusterhausen. Da jedoch ohne wirksamen Haushalt keine Gelder zur Verfügung gestellt werden können, appellierten die Fraktionen Mitte April in Vorbereitung einer anstehenden Sitzung der SVV öffentlich an den Bürgermeister, nun endlich die Haushaltssatzung wie gefordert zur Genehmigung bei der Kommunalaufsicht einzureichen.

Alle im Land haben die Zeichen der Zeit erkannt, auch der Bürgermeister? Denn was tut ein Bürgermeister einer Stadt, die bisher mangels Haushalts nur beschränkt handlungsfähig ist, inmitten der größten Krise seiner Stadt seit Jahrzehnten? Endlich wie erläutert und gefordert den Haushalt korrekt zur Genehmigung einreichen.

Der Bürgermeister von Königs Wusterhausen jedoch verklagte die Kommunalaufsicht vor dem Verwaltungs-

Anzeige



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH
DER DEMO-NEWSLETTER!

EINFACH ABONNIEREN

Auf www.demo-online.de/newsletter
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und
Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat.
Kostenlos und aktuell.

gericht wegen Untätigkeit. Untätigkeit wegen Nichtgenehmigung des Haushalts und nicht erfolgter Streitentscheidung im Beanstandungsverfahren zum Änderungsantrag. Trotz klarer Rechtsauffassung des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie der Kommunalaufsicht des Landkreises weigerte sich der Bürgermeister den Haushalt in der geforderten Form einzureichen und verzögert mit seiner Klage den dringend benötigten Rettungsschirm.

Es ist für mich unverständlich, wie ein Bürgermeister seine Stadt so im Stich lassen kann. Bürgermeister Ennullat weiß genau, wie lange eine Klage, zu der es im Übrigen auch keinen Beschluss gibt, dauert und blockiert damit die Handlungsfähigkeit der Stadt. Einen anderen Beschluss jedoch gab es, und zwar einen zur Rücknahme der Klage.

Das Finale

Liebe Leserin, lieber Leser, an dieser Stelle bedanke ich mich für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit. Ich freue mich über Ihr Interesse – Sie haben schließlich diesen nicht ganz kurzen Beitrag bis hierhin gelesen. Und das trotz (oder wegen?) der etwas stauigen Materie, bei der es jedoch im Kern um die Keimzelle unserer Demokratie vor Ort geht. Ihr Durchhaltevermögen soll belohnt werden – wir kommen daher nun zum (vorläufigen) Höhepunkt und großen Finale:

Am 2. Mai fand erneut eine Sitzung der SVV statt. Unter den besonderen Corona-Bedingungen. Einen genehmigten Haushalt gab es jedoch weiterhin nicht. Im Vorfeld taten sich jedoch bereits zahlreiche weitere Probleme auf. Mal ließ sich angeblich eine Sporthalle nicht lüften. Dann war der vom Bürgermeister selbst vorgeschlagene Samstag ungünstig. Dann hatte der Personalrat Bedenken. Schließlich war die Lage wegen der Pandemie zu gefährlich, da das Robert-Koch-Institut empfohlen habe, die Sitzung dürfe nur zwei Stunden dauern. Und so kündigte Bürgermeister bereits im Vorfeld der Sitzung an, diese nach zwei Stunden in jedem Fall zu verlassen.

Dieses angekündigte Agieren war dann auch alles andere als ruhmreich und gipfelte in Vorwürfen des Bürger-

meisters gegen die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger in der Stadtverordnetenversammlung, die die Demokratie mit Füßen träten. Passend dazu folgte unter anderem die AfD-Fraktion Bürgermeister Ennullat geschlossen aus dem Saal. Die große Mehrheit der Stadtverordneten tagte alleine weiter und entschied über wichtige Beschlussvorlagen wie den kommunalen Rettungsschirm.

Eine Nachfrage beim Robert-Koch-Institut ergab, dass es weder eine Empfehlung zu einer Sitzungsdauer von zwei Stunden an die Stadt KW gab noch eine Beratung zu konkreten Veranstaltungen erfolgt sei.

Unter dem Eindruck der Geschehnisse seit Dezember 2019 hatten nun mehrere Fraktionen fristgerecht einen Tagesordnungspunkt zur Sitzung am 2. Mai beantragt: Begutachtung des Handelns und des Verhaltens des Bürgermeisters der Stadt Königs Wusterhausen durch einen Rechtsanwalt.

Die Vorsitzende setzte ordnungsgemäß diesen Punkt auf die Tagesordnung. In der öffentlichen Bekanntmachung zur Sitzung durch Bürgermeister Ennullat fehlte er dann jedoch. Auf Nachfrage erklärte der Bürgermeister, dass die SVV für eine Begutachtung des Handelns des Hauptverwaltungsbeamten nicht zuständig sei. Zudem habe er sich immer korrekt verhalten. Er dürfe den Punkt daher von der Bekanntmachung streichen (Anm.: Der Verfasser wäre dankbar für Hinweise, in welchem Gesetz ein solches Vorprüfungsrecht des Bürgermeisters enthalten ist).

Also meldeten die Fraktionen den Tagesordnungspunkt zu einer weiteren Sitzung erneut an und verlangten die unverzügliche Einberufung für den 20. Mai. Nun griff der Bürgermeister jedoch erneut in die gesetzlich garantierten Rechte der Stadtverordnetenversammlung ein. Wie bereits zur SVV-Sitzung am 2. Mai nahm er die Beschlussvorlagen erneut von der Tagesordnung. Die Bekanntmachung zur SVV-Sitzung am 20. Mai war somit fehlerhaft und entsprach auch nicht dem Willen der SVV.

Einer Bürgermeisterin oder einem Bürgermeister steht es jedoch meines Erachtens nicht zu, im Vorfeld einer

Sitzung zu entscheiden, über was sich die SVV austauschen möchte. Der Bürgermeister wird zur Einladung einer SVV-Sitzung über die Tagesordnung ins „Benehmen“ gesetzt. Das heißt, dass ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden muss und er eigene Vorschläge unterbreiten kann. Letztendlich entscheidet aber allein die oder der Vorsitzende.

Im Rahmen seines Beanstandungsrechts hat er dann grundsätzlich die Möglichkeit rechtswidrige Beschlüsse im Nachgang zu beanstanden. Dazu müssen sich die gewählten Stadtverordneten aber erst einmal demokratisch austauschen können und etwas beschließen. Im Vorfeld eine Diskussion gar nicht stattfinden zu lassen, ist schlicht undemokratisch und würde die Kompetenzen der SVV aushöhlen. Die Argumentation des Bürgermeisters, die Tagesordnungspunkte würden nicht in den Aufgabenbereich der SVV fallen, ist ebenfalls nicht korrekt. Sowohl die SVV-Vorsitzende als auch die Kommunalaufsicht haben ihm mehrfach schriftlich mitgeteilt, dass sein Verhalten und seine Rechtsauffassung nicht im Einklang mit der Kommunalverfassung stehen. Es stand daher den einreichenden Fraktionen frei, ihre zwei Beschlussvorlagen für den 20. Mai anzumelden und zur Diskussion zu bringen: zum einen die Aussprache und Maßnahmen zum dienstlichen Verhalten des Bürgermeisters, zum anderen die Begutachtung des Handelns und des Verhaltens des Bürgermeisters der Stadt Königs Wusterhausen durch einen Rechtsanwalt. In beiden Punkten sollte das Verhalten und Handeln des Bürgermeisters, insbesondere der Eklat auf der Sitzung vom 2. Mai, zur Aussprache kommen.

Die Fraktionen forderten daraufhin den Bürgermeister auf, die demokratischen Regeln zu akzeptieren und die massiven Angriffe auf die Rechte der Stadtverordneten zu unterlassen. Sie appellierten zudem an den Bürgermeister, „auf den Boden der Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren“.

Durch sein Verhalten, so sehe ich das, blockiert Bürgermeister Ennullat weiterhin nicht nur die Handlungsfähigkeit der Stadt (Stichwort: nicht genehmigter Haushalt), sondern auch die Arbeit der Stadtverordneten.

Aufgrund der nicht zutreffend bekannt gemachten Tagesordnung sagte die Vorsitzende die Sitzung am 20. Mai nunmehr ab und hob die Ladung auf. Der Bürgermeister veranstaltete an diesem Nachmittag dann jedoch seine eigene, wenn auch nicht beschlussfähige, Stadtverordnetenversammlung, die ohne Ladung erfolgte, dafür aber in trauter Runde mit der AfD-Fraktion. Entgegen einer von der Stadt veröffentlichten Pressemitteilung stand es dem Bürgermeister nicht zu, eigenmächtig nur wegen der erfolgten Bekanntmachung an dem Fortbestehen der Sitzung am 20. Mai festzuhalten. Das entscheidet die Vorsitzende der SVV. So untergräbt Herr Ennullat die Rechte der SVV sowie deren Vorsitzenden.

Damit die Stadtverordnetenversammlung ihre gesetzlich zugewiesenen Aufgaben erfüllen kann, soll nun die Kommunalaufsicht um Hilfe gebeten werden. Davon ist die Festsetzung eines neuen Termins für eine Sitzung abhängig. Möglicherweise ist dieser Beitrag bei Erscheinen aufgrund der dynamischen Entwicklungen in Königs Wusterhausen teilweise überholt.

Aber was bleibt nach diesem Auszug der Geschehnisse der letzten Monate? Eine inmitten der Krise nur eingeschränkt handlungsfähige Stadt und eine Volksvertretung, die sich sicherlich zu Recht missachtet fühlt und ein Bürgermeister, der seine eigenen Gesetze zu schreiben scheint. Ausgang offen.

Das Ehrenamt eines Gemeindevertreters oder Stadtverordneten ist in Wirklichkeit schon lange kein Feierabendvergnügen in einer Dorfkneipe mehr. Der „Fall KW“ bietet deshalb vielleicht auch Anlass, über notwendige Änderungen der Kommunalverfassung Brandenburgs nachzudenken. Dies betrifft vor allem die effektive Durchsetzung der Rechte der ehrenamtlichen Volksvertreter, damit diese ihren Aufgaben in der heutigen Zeit gerecht werden können. Dazu dürfte auch die Überlegung gehören, Gemeindevertreter und Fraktionen ausreichend finanziell auszustatten. Angesichts der Komplexität der Aufgaben einer Kommune braucht es hier hauptamtliche Strukturen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Vertreter des Volkes.